

Jetzt aktiv
werden
gegen TTIP:
bund.net/ttip

TTIP – Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat

Im geplanten Freihandelsabkommen TTIP („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) sollen zwei Instrumente durchgesetzt werden, mit der die Politik der Wirtschaft nie dagewesene Privilegien bei Rechtsprechung und Gesetzgebung einräumen will.



Paralleljustiz mit ISDS

ISDS ("Investor to State Dispute Settlement") ist ein Verfahren, über das Konzerne Staaten vor privaten Schiedsgerichten verklagen können. Unternehmen können klagen, wenn sie eine „indirekte Enteignung“ bzw. entgangene Gewinne aufgrund neuer Gesetze geltend machen.

ISDS im TTIP würde ein paralleles Rechtssystem etablieren, das neben nationalem Recht steht. Staaten können dabei nur verlieren: Nur ausländische Investoren haben Klagerechte – umgekehrt dürfen Staaten nicht gegen Unternehmen klagen. Gewinnen Unternehmen einen Fall, können sie oftmals mit Millionenentschädigungen rechnen. Unternehmerische Risiken von Investitionen würden mit ISDS auf diese Weise sozialisiert, während Gewinne bei den Unternehmen bleiben.

Skandalös ist außerdem: Die Verfahren finden in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, die Inhalte bleiben geheim. Der Urteilsspruch ist endgültig, eine Revision nicht möglich.

Gemeinwohl bleibt auf der Strecke

Über ISDS können unliebsame Gesetze bereits im Voraus verhindert werden. Weil sie hohe Prozesskosten und Klagerisiken fürchten, könnten Regierungen und Parlamente davor zurückschrecken, bestimmte Gesetze zu erlassen. Jedes Land, das Gesetze schaffen will, wird vorher den „ISDS-Check“ durchführen. Regierungen und Parlamente werden vor jedem Bestre-

ben, Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards anzuheben, prüfen, ob diese einen ISDS-Prozess überstehen würden. Und dann möglicherweise Gesetzesvorhaben still begraben.

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall verklagt gerade im Rahmen eines ISDS-Verfahrens die Bundesrepublik Deutschland auf über 3 Milliarden Euro Schadensersatz – wegen der Entscheidung, aus der Atomkraft auszusteigen.

Konzerne sollen über Gesetze mitentscheiden dürfen

Über einen „Rat für regulatorische Kooperation“, der mit TTIP eingerichtet werden soll, sollen Unternehmen einen exklusiven Zugang zur Gestaltung jeder zukünftigen Gesetzgebung erhalten.

Dieser Rat aus Vertretern von EU-Kommission und US-Administration soll unter Einbindung von Wirtschaftsvertretern geplante Gesetze in den USA und der EU auf „Handelsverträglichkeit“ überprüfen und „Handelshemmnisse“ minimieren.

Über den Rat für regulatorische Kooperation und ISDS kapern Konzerne zwei zentrale Säulen von Demokratie und Rechtsstaat – Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit.

Der BUND fordert:

- Die EU-Kommission muss die Verhandlungen zu TTIP sofort abbrechen!